



Schockwelle im US-Bildungssystem: Harvard darf keine ausländischen Studierenden mehr unterrichten

Ein Donnerschlag erschüttert die akademische Welt: Die Trump-Regierung hat der renommierten Harvard University das Recht entzogen, ausländische Studierende zu unterrichten. Diese Entscheidung betrifft mehr als ein Viertel der Studierenden dieser weltweit geachteten und bekannten Universität – rund 6.700 junge Menschen aus aller Welt, die für das Studienjahr 2025–2026 nun um ihre Zukunft bangen müssen.

Ein beispielloser Schritt

Mit einem Federstrich hat das US-Heimatschutzministerium unter Kristi Noem das SEVIS-Programm von Harvard annulliert. Dieses System ist die Lebensader für internationale Studierende in den USA – ohne SEVIS-Zertifizierung kein Visum, kein Studium, keine Zukunft in Harvard.

Die Begründung? Harvard habe es versäumt, der Regierung bestimmte Informationen bereitzustellen. Gleichzeitig, so Noem, herrsche auf dem Campus ein „gefährliches Umfeld“ – angeblich feindlich gegenüber jüdischen Studierenden, mit Sympathien für Hamas-nahe Positionen und einer „rassistischen“ Politik von Vielfalt und Inklusion.

Starke Worte – aber was steckt wirklich dahinter?

Politisches Kalkül statt Sicherheitsbedenken?

Die Maßnahme reiht sich ein in eine größere Kampagne der Trump-Regierung gegen die Eliteuniversitäten des Landes. Seit Monaten kritisieren konservative Kreise, dass diese Einrichtungen eine zu linke Agenda verfolgen würden – mit „woker“ Ideologie und einem Mangel an Unterstützung für jüdische Studierende, vor allem im Kontext der pro-palästinensischen Proteste nach der Eskalation des Gaza-Konflikts.

Doch viele Beobachter vermuten einen anderen Grund: ein gezielter Angriff auf das liberale Herz der amerikanischen Bildung. Harvard, als Symbol für Elitedenken und globalen Austausch, steht dabei besonders im Fokus.

Verlorene Milliarden und erzwungene Transfers

Bereits vor dieser Entscheidung hatte die Regierung Harvard Subventionen in Höhe von über zwei Milliarden Dollar gestrichen. Jetzt folgt der nächste Schlag – und der trifft nicht nur die Universität, sondern vor allem die Studierenden. Wer derzeit ein F- oder J-Visum besitzt, soll sich eine andere Uni suchen – sonst droht der Verlust des Aufenthaltsstatus.



Schockwelle im US-Bildungssystem: Harvard darf keine ausländischen Studierenden mehr unterrichten

Wie soll das gehen – inmitten eines laufenden Studiums, mit beschränkten Plätzen an anderen Hochschulen und oftmals engen finanziellen Ressourcen?

Harvard schlägt zurück

Ein Sprecher der Universität nennt die Entscheidung „illegal“. Man wolle alles daran setzen, die Rechte internationaler Studierender zu schützen und Harvard als weltoffene Bildungsstätte zu erhalten. In der Tat: Mehr als 140 Nationen sind unter den Studierenden vertreten – Harvard lebt vom internationalen Austausch, von kultureller Vielfalt, von der Begegnung mit der Welt.

Diversität – Bedrohung oder Bereicherung?

Die Kritik an Harvard entzündet sich unter anderem an der sogenannten „Diversity-, Equity- und Inclusion“-Politik. Für die einen ein Werkzeug zur sozialen Gerechtigkeit, für die anderen ein Angriff auf die traditionellen Werte des Landes.

Die große Frage

Was bedeutet es für ein Land wie die USA, wenn eine ihrer berühmtesten Bildungseinrichtungen in den kulturellen und politischen Kampf hineingezogen wird – und am Ende Tausende junge Menschen den Preis zahlen?

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob Harvard diese massive Herausforderung überstehen kann. Klar ist: Die Entscheidung könnte das gesamte internationale Bildungssystem der USA ins Wanken bringen. Denn wer will künftig noch an eine Uni kommen, wenn das Aufenthaltsrecht jederzeit aus politischen Gründen entzogen werden kann?

Von Andreas M. Brucker